

# Bündnis Gesamtschule

**Jeder Euro, der in ein Gymnasium fließt, muss ebenso in eine Gesamtschule gehen.**

Pressemitteilung des neu gegründeten „Bündnis Gesamtschulen“ vom 10.06.2019

In Wiesbaden sorgen sich Eltern, Schüler\*innen und Lehrer\*innen um die Rolle und Position der Gesamtschulen. Anlass dazu sind Signale aus der städtischen Schulpolitik - insbesondere seitens der regierenden Koalition. Die Unruhe ist inzwischen so groß, dass sich seit mehreren Wochen ein stadtweites Bündnis aus Eltern, Schüler\*innen und Lehrer\*innen formiert.

Letzter Anstoß hierzu war die Debatte um zwei neue Gymnasialbauten - zumal in unmittelbarer Nähe zu Gesamtschulen. Die Positionierung im Ausschuss Schule & Kultur vom 21.03.2019 wurde als höchst irritierend wahrgenommen. Wenn die Stadt von einer „diskriminierungsfreien“ Schulpolitik spricht heißt dies, dass sie keinerlei gestaltungspolitische Ambitionen mehr hat. Politik soll nach Anmeldezahlen gemacht werden. Die Politik schaut auf die Füße und hört nicht auf den Kopf.

Da dies absehbar zum Nachteil der systematisch diskreditierten Gesamtschulen gereichen wird, **formuliert das Bündnis seine erste Forderung:**

**Jeder Euro, der in ein Gymnasium fließt, muss ebenso in eine Gesamtschule gehen.**

Mit dieser Denklöge soll bereits auf finanzieller Ebene und in zukünftigen Planungen zumindest eine Gleichberechtigung der beiden Schulformen sichergestellt werden.

Mit der Gründung des Bündnisses sollen folgende Signale gesetzt werden:

- Die Gesamtschulen solidarisieren sich untereinander und lassen sich nicht gegeneinander ausspielen.
- Das Bündnis Gesamtschulen stellt sich nicht gegen die Gymnasien - sieht im Gegenteil vielmehr Interessensgemeinschaften mit diesen.
- Der schleichende Einstieg in ein zweigliedriges Schulsystem, ohne hierzu die notwendigen Strukturdebatten zu führen, wird nicht hingenommen.

Gesamtschulen verstehen sich als Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem. Aus dieser Idee sind sie entstanden und konzipiert. Wenn nun aber die Stadt Wiesbaden de facto in die Zweigliedrigkeit des Schulsystems gehen will - anders kann man die aktuellen politischen Signale nicht interpretieren - muss die Rolle der Gesamtschulen ebenfalls neu überdacht werden.

Wer ohne politischen Gestaltungswillen und rein nach der Abstimmung mit den Füßen in Form von Anmeldezahlen agiert, verkennt seinen politischen Auftrag und auch die Erwartungen an diesen seitens der Wähler\*innen. Für rein messende und empirische Schulpolitik braucht man keine Politiker\*innen. Wer aber den Anspruch hat, ein eigenes Bild und eine Vorstellung von der Schullandschaft in 5, 10 oder auch 15 Jahren zu haben, sollte dies einerseits klar verbalisieren können. Und andererseits sollten sich aus den daraus folgenden Handlungen und der politischen Gestaltung auch konkrete Signale erkennen lassen, die dann wiederum seitens der Eltern transparent in ihren Entscheidungen berücksichtigt werden können.

Hier sind anderer Bundesländer sowohl vorbildhaft als auch abschreckend hinsichtlich der Bedeutung von Gesamtschulen - lassen aber zumindest eine konkrete Vision für die Schulstruktur erkennen, an der es in Wiesbaden offenbar fehlt. Und auch wenn die große Bildungspolitik auf Landesebene gemacht wird, erwartet das Bündnis Gesamtschulen im Zusammenspiel von Land und Kommunen auch vor Ort nicht nur klarere Aussagen sondern auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten deutlichere Signale, in welche Richtung die Stadt für ihre Schullandschaft in Wiesbaden denkt und politisch steuert.

Dieser Diskussionsprozess ist längst überfällig.

Das Bündnis Gesamtschulen will und wird diesen in näherer Zukunft mit weiteren Forderungen, Aktionen und Veranstaltungen anstoßen.

*Für Nachfragen und Kontakt zum Bündnis Gesamtschulen wenden Sie sich bitte an:*

*René Scheppler, [r.scheppler@gew-wiesbaden.de](mailto:r.scheppler@gew-wiesbaden.de), tel. 0176-5555294*